

„Mama, ich bin dumm“

Bildung Längst nicht alle Eltern behinderter Kinder sind von der Idee der Inklusion begeistert: In NRW kämpft eine Initiative für den Erhalt der Förderschulen.

Vor einem Jahr beschloss Tina Brune, dass es so nicht weitergehe. Die Mutter aus Plettenberg in Nordrhein-Westfalen saß bei der Klassenlehrerin ihres jüngsten Sohnes, um das Deutschdiktat zu besprechen. „Die kleine Hexe“ sollte die Überschrift lauten. Max, ein lernbehinderter Junge mit Seh- und Hörstörungen, hatte nur drei Buchstaben zu Papier gebracht: K, L, H.

Die Lehrerin erkannte darin Wortfragmente, die Mutter aber einen Beleg für die hoffnungslose Überforderung ihres Sohnes. Sie meldete ihn von der Schule ab. „Aus meinem fröhlichen war ein trauriges Kind geworden“, sagt die Krankenschwester. Max habe häufig geweint, beim Aufstehen, auf dem Weg in die Schule, beim Abholen, bei den Hausaufgaben. Seine tägliche Klage: „Mama, ich bin dumm.“

Seit der achtjährige Max die Vier-Täler-Schule in Plettenberg besucht, eine Förderschule für Lernbehinderte, gehe es ihm besser, sagt seine Mutter. Diese Erfahrung hat sie zu einer Kämpferin gemacht. „Frau Löhrmann, erhalten Sie die Förderschulen in NRW“, so lautet ihr Onlineaufruf, den sie an Nordrhein-Westfalens Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) richtet. 8000 Unterstützer haben bereits unterschrieben, im Herbst will Brune die Petition dem Landtag übergeben. Ihre Initiative rückt eine Schulform in den Blick, die derzeit einen schweren Stand hat.

Angesagt ist Inklusion: Behinderte Schüler sollen als Folge einer Uno-Konvention vermehrt an Regelschulen unterrichtet werden. Förderschulen gelten als Einrichtungen von gestern. Den Ton geben Betroffene wie die Mutter des elfjährigen Henri aus Baden-Württemberg vor, die ihren Sohn aufs Gymnasium schicken will, obwohl der Junge mit Downsyndrom dort dem Unterricht nicht folgen könnte.

Als Henris Mutter vor zwei Wochen in der Talk-



Förderschüler Max in Plettenberg: Stärkung durch ausgebildete Sonderpädagogen

show von Günther Jauch zu Gast war, flankierten sie dort drei Inklusionsbefürworter und nur ein Skeptiker. Die Redaktion hatte auch bei Tina Brune angefragt, dann aber abgesagt. Andere Gäste würden bereits die Position abdecken, lautete Brune zufolge die Begründung.

Vielorts löst die Inklusion indes Sorgen und Spannungen aus. In Nordrhein-Westfalen etwa tritt zum August ein verändertes Schulgesetz in Kraft, das behinderten Kindern einen Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Regelschule garantiert. Für Lern-Förderschulen wie in Plettenberg gilt künftig eine Mindestgröße von 144 Schülern, derzeit hat die Schule 92.

Kritiker dieser starren Größenvorgabe wie Udo Beckmann, der Vorsitzende des Verbands Erziehung und Bildung (VBE), sprechen von einer „kalten Schließung“ der Förderschulen. „Die Politik kann nicht einerseits den Elternwillen hochhalten und andererseits den Eltern die Optionen nehmen“, so Beckmann. Eine VBE-Umfrage wies sinkende Zustimmungsraten zur Inklusion in Nordrhein-Westfalen aus. Und der Verband Sonderpädagogik berichtet von einer wachsenden Zahl ernüchterter Inklusions-Eltern, die ihre Kinder von den Regelschulen nehmen.

„Unser Sohn wurde behandelt wie alle anderen Kinder“, sagt Sonja Maibach aus Koblenz, Sozialarbeiterin und Mutter des zwölfjährigen Christian. „Aber er kann nicht alles leisten, was andere Kinder leisten.“ Christian hat eine Lernbehinderung und eine Entwicklungsverzögerung. In der Grundschule hielt er noch mit, doch als er in die Integrationsklasse einer Real-

schule wechselte, begannen die Probleme: Der Schulalltag war ihm zu hektisch, der Pausenhof zu laut, die Lehrer zu ungeduldig. „Wir sind von der Inklusion enttäuscht“, sagt seine Mutter. Seit Januar besuche Christian eine Förderschule; er habe dort nur noch neun Mitschüler.

Marianne Schardt, Sprecherin des Verbands Sonderpädagogik, fordert die Politik auf, die Lehrer besser zu schulen – entsprechend der Ausbildung der Sonderpädagogen. Es gehe eher um die Stärkung des Kindes als nur darum, Wissen zu vermitteln. Doch die Lehrer, die nun mit behinderten Kindern zu tun haben, werden darauf oft nur in Crashkursen vorbereitet.

Die Inklusion sei die „größte Herausforderung für unsere Schulen“, sagt Mecklenburg-Vorpommerns Bildungsminister Mathias Brodtkorb (SPD). Seine Kollegin Löhrmann, derzeit Präsidentin der Kultusministerkonferenz, appellierte unlängst an den Bund, „seiner Verantwortung bei der Umsetzung der schulischen Inklusion“ nachzukommen, also mehr Geld zu spendieren.

„Auch wir haben den Anspruch, unsere Schüler in die Gesellschaft zu integrieren“, sagt Peter-Paul Marienfeld, Leiter der Vier-Täler-Schule. Marienfeld verweist auf Werkräume und Kurse zur Berufsvorbereitung. Er will der Abwicklung seiner Schule dadurch entgehen, dass sie mit der Förderschule im 25 Kilometer entfernten Lüdenscheid fusioniert, als Filiale muss die Schule nur 72 Schüler haben. Doch angesichts des politischen Willens und sinkender Schülerzahlen sei er sich nicht sicher, wie lange das Aufschub gewähre, sagt Marienfeld.

Hoffnung habe er auf lange Sicht. Alle Schüler ins Regelschulsystem zu integrieren sei illusorisch, sagt der Schulleiter. „In ein paar Jahren wird uns die Politik wohl wieder einführen, unter neuem Namen.“

Jan Friedmann, Lena Greiner

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ...

